



Lothar Mark (SPD):

Gescheiterter Sabotageversuch der CDU



Lothar Mark (* 1945),
Wahlkreis: Mannheim 1

Wenn einem bei einigen Beiträgen zu Ohren kommt, dass wir zu wenig für Ostdeutschland machen würden, dann, denke ich, liegt das daran, dass entweder die Haushalte nicht richtig gelesen werden oder man sich nur auf eine Zahl versteift. Ich nenne einfach nur einmal für den Einzelplan 04, für den ich hier spreche, einige Stichworte zum Bereich Kultur: Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten, Stiftung Preußischer Kulturbesitz – diese bezieht zwar auch den Westteil ins mit ein, greift aber nach Ostdeutschland über –, für „Kultur in den neuen Ländern“ stellen wir allein 30 Millionen Euro zur Verfügung; Stiftung Weimarer Klassik, Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Wartburg-Stiftung, Francke'sche Stiftung, Stiftung Luthergedenkstätten, Bauhaus Dessau und viele andere mehr zeugen davon, dass intensiv Mittel nach Ostdeutschland fließen.

Heiße Eisen angepackt

Nun zu einzelnen Themen: Die Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes im Frühjahr dieses Jahres zeigt, dass wir in der Koalition heiße Eisen anpacken, die 16 Jahre lang einer Lösung harnten. Die Reform des Stiftungssteuerrechts trat bereits im Januar 2000 in Kraft. Die zweite Stufe der Novellierung des Stiftungsrechts steht noch aus. Ohne eine Reform des Stiftungszivilrechts bliebe diese Stiftungsrechtsreform ein Torso. Kulturstaatsminister Nida-Rümelin und Justizstaatssekretär Pick haben deshalb eine Modernisierung des Stiftungsprivatrechts noch in dieser Legislaturperiode zugesagt.

Als ein neues Thema wurde in dieser Legislaturperiode endlich die Reform der beschränkten Steuerpflicht ausländischer Künstlerinnen und Künstler in Angriff genommen.

Bundeskulturstiftung

Die so genannte Ausländersteuer hat nach der 1996 durch die alte Regierung vorgenommenen Erhöhung von 15 auf 25 Prozent dazu beigetragen, dass immer weniger Künstlerinnen und Künstler aus dem Ausland in der Bundesrepublik auftreten. Es wird von einem Rückgang von über 30 Prozent gesprochen. Konsequenz daraus ist, dass natürlich auch deutsche Künstlerinnen und Künstler weniger Einladungen ins Ausland erhalten.

Deshalb begrüße ich den Beschluss des Finanzausschusses, die Reform der Ausländersteuer einzuleiten. Künftig soll eine Freigrenze bestehen: Pro Auftritt sind bis zu 250 Euro je Künstler steuerfrei. Für höhere Honorare soll eine allmähliche Staffelung bis zu 25 Prozent eingeführt werden, die aber ab 2003 wiederum auf 20 Prozent reduziert werden soll.

In der letzten Zeit hat die Diskussion über die Bundeskulturstiftung die Gemüter sehr intensiv erregt. Es ist uns gelungen, den Anfang für die Einsetzung einer Bundeskulturstiftung zu schaffen, indem im Bundeshaushalt 25 Millionen DM angesetzt werden. Was uns niemand zugetraut hätte, ist, dass wir Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Jahr in Höhe von 50 Millionen DM und für das Jahr 2004 in Höhe von 75 Millionen DM eingetragen haben.

Ein Sabotageversuch der CDU/CSU in diesem Zusammenhang ist gescheitert. Der Kulturhaushälter Steffen Kampeter wollte, im Unterschied zum sehr konstruktiven Kultursprecher Nobert Lammert, das Projekt torpedieren. Seine Begründung, Dr. Nida-Rümelin könne nach Gutsherrenart Staatsknete nach Belieben ausgeben, zeugt von erstaunlicher Unkenntnis. Die neu formulierte Zweckbestimmung begrenzt vielmehr den Stiftungszweck – dies besagt auch schon der Titel der Stiftung –: Förderung national und international bedeutsamer Vorhaben insbesondere zur kulturellen Integration, Kooperation und Innovation über eine nationale Kulturstiftung.

Der Kulturhaushalt des Jahres 2002 verzeichnet gemäß seiner besonderen Bedeutung einen deutlichen Zuwachs im Verhältnis zum Haushalt 2001, und zwar eine Steigerungsrate von 3,06 Pro-

zent. Der Kulturhaushalt wächst somit überproportional im Vergleich zum Gesamthaushalt. Damit ist es gelungen, punktuell sinnvolle Erhöhungen der Mittel für wichtige kulturelle Projekte, wie zum Beispiel die Kulturstiftung, zu ermöglichen.

Neben den bereits erwähnten werden folgende Positionen verändert. Ich fasse zunächst einige kleine Bereiche zusammen, die aufzeigen, dass wir bereit sind, uns um Details zu kümmern. Es geht um die Erhöhung der Mittel für die Stiftung sorbisches Volk, für das Stasi-Museum „Runde Ecke“, für das Hermann-Hesse-Jahr in Calw, für den Seelter Buund und für die Villa Aurora. Größere Veränderungen nehmen wir bei der Förderung der Bundesstadt Bonn vor in Höhe von immerhin 1,023 Millionen Euro plus eine Modifizierung bis zum Jahre 2010. Schließlich verweise ich auf den Auslandskanal der Deutschen Welle. Wir wollen, dass der deutsche Auslandskanal Kooperationen mit ARD und ZDF eingehen kann. Damit würde ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gehen. Wir waren der Auffassung, dass eine entsprechende Umsetzung der Pläne hinsichtlich des deutschen Auslandskanals jetzt erfolgen muss.

Kulturförderkriterien

Wenn man nicht zur Unterschrift käme, wäre das Projekt in Zukunft wieder verbaut und die ganze Mühe wäre umsonst gewesen. Wir haben Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2003, 2004 und 2005 festgelegt und liegen somit pro Jahr bei 5,113 Millionen Euro.

Dieser kleine Auszug aus unserer Kulturbilanz zeigt, dass wir der Kultur im Land nicht nur einen höheren Stellenwert als die abgewählte Bundesregierung beimessen, sondern dass wir längst fällige Kulturförderkriterien erarbeitet haben und erarbeiten, Planungssicherheit gewährleisten, die Rahmenbedingungen verbessern und heiße Eisen anpacken. Dabei wird die Kulturhoheit der Länder voll respektiert: dies ist inzwischen wirklich kein Diskussionsthema mehr.

Die Kultur ist bei dieser Regierung und den Koalitionsfraktionen in guten Händen. Schon bei den letzten Haushaltsberatungen kam bei den CDU/CSU-Reden das Wort „Kultur“ nicht vor. Ist das Programm? – Meine Antwort: Nein, das ist ein Zustand!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)